

# Verdienste für Verdienst

US-Amerikaner und andere Ausländer leiten größten privaten Gasförderer der Ukraine. Einen Einheimischen gibt es im Vorstand nicht. Von Knut Mellenthin

Ausschließlich Verdienste« hätten eine Rolle gespielt bei der Aufnahme von Hunter Biden in das Direktorium des ukrainischen Öl- und Gasunternehmens Burisma, versichert dessen Vorstandsvorsitzender Alan Apter. Der jüngere Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden hatte den Posten schon im April übernommen. Gemeldet hat Burisma den Vorgang allerdings erst am 12. Mai. Hunter Biden sei »Privatbürger« und könne folglich tun und lassen, was er wolle, erklärten dazu Sprecher der US-Regierung.

Er habe den 44-jährigen auf dem Weg über gemeinsame Bekannte persönlich angeworben, erklärte der US-amerikanische Investmentbanker Apter der Presse. Dabei hat ganz sicher Devon Archer eine wichtige Rolle gespielt. Der 39-jährige US-Amerikaner, der ebenfalls seit April Direktor von Burisma ist, ist mit Biden Junior über die gemeinsam gegründete Investment- und Beratungsfirma Rosmont Seneca verbunden, zu deren Topmanagement beide gehören. Archer ist außerdem ein enger Freund

und Geschäftspartner der Familie von Außenminister John Kerry, seit er mit dessen Stiefsohn Christopher Heinz seinen Schlafraum in der Eliteuniversität Yale teilte. Dort erwarb übrigens auch Hunter Biden den Titel eines Doktors der Rechte.

Apter hat auch Aleksander Kwasiński ins Burisma-Direktorium geholt, der von 1995 bis 2005 Präsident Polens war. Der 59-jährige, der sein Land in die NATO und in die EU geführt hatte, war im vorigen Jahr Chefhändler der Union gegenüber Kiew. Er trug maßgeblich dazu bei, die Verhandlungen gegen die Wand zu fahren und damit die Maidan-Bewegung anzuhetzen.

Dem Direktorium von Burisma gehört nicht ein einziger Ukrainer an. Außer den genannten Personen gibt es dort nur noch zwei Zyprioten. Dies vermutlich deshalb, weil die Firma auf der Insel im östlichen Mittelmeer, die als Paradies für Steuerbetrüger und Geldwäscher gilt, ihren Sitz hat. Kein Mitglied des Direktoriums des schon seit 2002 bestehenden Unternehmens ist früher als 2013 auf diesen Posten

gelangt. Auch Apter übernahm den Vorstandsvorsitz erst im Mai vorigen Jahres. Dieses Bild könnte vorwegnehmen, was sämtlichen Filetstücken der ukrainischen Wirtschaft unter der falschen Flagge der »Souveränität« bevorsteht.

Apter ist schon seit 1986 im Investmentgeschäft. Er spezialisierte sich sofort nach der »Wende« um 1990 auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie auf Mittel- und Osteuropa. Die Menge seiner Vorstandsposten unter anderem auch in Tschechien, Slowakei und Ungarn ist kaum überschaubar.

Burisma ist laut seiner Website einer der größten »unabhängigen«, das heißt privaten Gasproduzenten der Ukraine. Im ersten Vierteljahr 2014 ist das Unternehmen angeblich sogar auf Platz eins unter den Privaten vorgerückt. Es gibt an, seine Produktion seit 2010 mehr als verfünffacht zu haben und könne nochmalige Verdoppelung bis 2016 anstreben. Allerdings ist die – bisher zwar geringe, aber prinzipiell entwicklungsfähige – Gasförderung der Ukraine zu 90 Prozent in staatlicher

Hand. Das soll sich künftig höchstwahrscheinlich entscheidend ändern.

Mit dem Karpatenbecken befindet sich jedoch nur ein recht geringer Teil der drei Hauptvorkommen in der Westukraine. Das Asow-Kuban-Becken im Süden ist nach dem Anschluss der Krim an Rußland für Kiew weitgehend verloren, und was aus dem Dnipro-Donetz-Becken im Nordosten wird, ist wegen der dortigen Unabhängigkeitsbewegung derzeit völlig ungewiß.

Burisma verdankt seinen erstaunlichen Aufschwung hauptsächlich der persönlichen Nähe zu den jeweiligen Regierenden und Machthabern. Besonders vorteilhaft war das Verhältnis unter Wiktor Janukowitsch, der im Februar durch die Maidan-Bewegung gestürzt wurde. Der umtriebige Großkapitalist Nikolai Zlochewski, der das Unternehmen laut *Wall Street Journal* kontrolliert, war unter Janukowitsch Umweltminister, Energieminister und zuletzt seit April 2012 stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine.

stand in Saporischschja vorbereitet“, sagt er. „Wochenlang hatte er Gespräche mit acht Aktivisten, zwei davon aus Odessa, sie haben dort Revolution vorbereitet, und am 2. Mai sind sie im Brand ums Leben gekommen. Wir bereiten Aufstände in Odessa, Saporischschja und Charkiw vor“, sagt Purgin. „Bald wird ein Gruppe von Menschen von hier aus in andere Regionen fahren. Sie haben schon Erfahrung, sie kamen von der Krim und haben uns hier geholfen.“ Vielleicht werde er selbst auch dabei sein. „Wenn ich mir den Bart abrasiere, wird mich niemand erkennen.“

onsliste der EU. „Die westliche Grenze dürfen wir nicht schließen. Die Tür ist ausgeschlagen, leere neben dem Versammlungssaal.“

## PUTIN ERHÖHT DRUCK AUF DIE EU

Russlands Präsident Vladimir Putin hat im Gasstreit mit der Ukraine den **Druck auf die EU** erhöht. Leider lägen Moskau noch „keine spezifischen Vorschläge“ der europäischen Partner vor, um einen drohenden **Stopp russischer Gaslieferungen** ab Juni abzuwenden, erklärte Putin gestern in einem Schreiben an die Führer mehrerer europäischer Länder. Zugleich zeigte er sich weiter „offen“ für Gespräche über den Gasstreit. Der anhaltende politische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird zunehmend auch auf der Ebene der Gaslieferungen ausgetragen.

ministration von Donezk. Er wird von Leibwächtern in Tarnuniform und mit Kalaschnikows begleitet. Kameras von Journalisten aus aller Welt sind auf ihn gerichtet. Er erklärt, dass an diesem Tag das Parlament der „Volksrepublik Donezk“ entstand und einen Entwurf der Verfassung dieser Republik billigte. Purgin ist jetzt Vorsitzender im Rat der Volksrepublik. Seine Schwarz-Rot-Blauen Fahnen mit Doppeladler wehen überall im Gebiet Donezk auf den besetzten Regierungsgebäuden und Checkpoint, bei denen maskierte Männer mit Maschinenpistolen stehen. Im russi-

# Hunter Biden steigt ins ukrainische Gasgeschäft ein

## Sohn des US-Vizepräsidenten ist jetzt im Vorstand von Burisma. Die Debatte läuft bereits heiß

**ANSGAR GRAW  
UND JULIA SZYNDZIELORZ**

Hunter Biden musste mit seinem Aufstieg nicht warten, bis sein Vater Joe Vizepräsident der USA wurde. Der 44-jährige Yale-Absolvent und Doktor der Jurisprudenz arbeitete schon in den 90-er Jahren während der Präsidentschaft von Bill Clinton im Wirtschaftsministerium.

Dessen Nachfolger, der Republikaner George W. Bush, betrieb den Spross aus der Demokratenfamilie gar in den Vorstand von Amtrak, der halb-staatlichen Bahngesellschaft der USA. Jetzt tritt der 44-jährige Hunter Biden

in den Vorstand der ukrainischen Gasfirma Burisma Holdings Limited ein, und er löst damit eine globale Debatte aus: Darf ein Amerikaner, zumal einer mit engsten familiären Drähten in die Washingtoner Regierung, gerade

in dieser Zeit einer internationalen Krise sein berufliches Geschäft mit dem zukunftsträchtigen Energiesektor der Ukraine verbinden? Steckt hinter der gesamten Entwicklung in der Ukraine, in deren Folge es zur Abspaltung der Krim und den Referenden und zu blutigen Auseinandersetzungen im Osten des Landes kam, ein perfider Plan der USA? Zumal Hunter Biden nicht der einzige Amerikaner mit Kontakten zur Washingtoner Spitzenpolitik ist, der künftig für Burisma arbeitet: Auch Devon Archer, ein College-Freund eines Stiefsohnes von Außenminister John



Verstehen sich: Barack Obama, Joe Biden und Hunter Biden (v.l.)

DIE WELT 16/15/14

zweiten Aschraf Ghani antreten. Der frühere Finanzminister gewann 31,6 Prozent. IEC-Chef Jusuf Nuristani sagte, die Stichwahl sei nun erst für den 14. Juni geplant.

## IRAN

### 13-Punkte-Plan für Atomverhandlungen

Der Weg zu einer möglichen Lösung im Atomstreit mit dem Iran nimmt konkrete Formen an. Die Verhandlungspartner wollten mit einem 13-Punkte-Plan schrittweise zu einer Einigung kommen, sagte der iranische Vizeaußenminister Abbas Araghchi in Wien, ohne weitere Einzelheiten zu nennen. Strittige Punkte würden zunächst auf Expertenebene behandelt und dann von den Verhandlungsführern diskutiert. „Wir sind alle vorsichtig optimistisch, aber bewusst realistisch“, sagte Araghchi.

## SACK REIS

Sie ist gerade mal zwei Jahre alt und erfüllt schon jetzt royale Pflichten: Die schwedische Prinzessin Estelle eröffnet morgen am Samstag einen Märchenpfad in Linköping, rund 200 Kilometer südlich von Stockholm. Den 800 Meter langen Pfad im Naturreservat Tåkern bekam die Tochter von Kronprinzessin Victoria und Prinz Daniel zu ihrer Taufe 2012 symbolisch geschenkt.

SZ 16/5/14

ich wiesen die Moskau am Don- in 12 500 Euro ablen. Die damals gestudentin war in Moskau zusammen Demonstration- in dgebung der onal-Bolschewisti- ie russische Regie- worden. Die junge is, sie habe an der ilgenommen, weil über diese Bewe- ). Dennoch wurde ntersuchungshaf- eibend auf Bewäh- ererteilt. Diese Straßburger Ge- ulnismäßig. Er ussische Justiz die ünde der Studen- igt hatte. AFP

e von den USA -nen- ür die Präsidenten- Landarbeiter hatsich- sel ohnehin wenig v- kraftig seit Beginn di- gestürzt, in den Gesc- ein Drittel weniger L- als im Vorjahr, wie ei- mittelgroßhändler im- für wird jetzt an viele- neue ivorische Präsid- gen Staatseinnahmer- schäft lieber in neue § als in die Lohnfluten d- Dass die Wahl 201 vonstatten gehen wir- so rech. Ouattara hat- Zuspriechung des West- fassungsgartikel wied- Für die Masse de

# Gewachsene Beziehungen

## Die ukrainische Gasfirma, für die der Sohn des US-Vizepräsidenten nun arbeitet, hatte stets gute Kontakte zur Regierung

witsch die zweitmeisten Genehmigungen für Unternehmenszukaufe und die zweitmeisten Fördergenehmigungen erhalten. Auf dem ersten Platz stand der mitlenweile in den USA wegen krimineller Aktivitäten gesuchte Oligarch Dmitrij Firtasch.

Die Burisma Holding habe sich, so das Blatt, frühzeitig auf die Ausbeutung einheimischer Energievorkommen konzentriert und sei dabei von der Regierung unterstützt worden, in welcher auch der Umweltminister und spätere Chef des nationalen Sicherheitsrates Slotschewski gesessen habe. Auch staatliche Kontrollbehörden wie das Antikorruptionsamt hätten die Zukäufe damals gebilligt, obwohl der Selbstbedienungscharakter durch die Personalunion von Minister und Firmeneigentümer offensichtlich gewesen sei.

Die Zeitung verwies schon 2012 darauf, dass die erteilten Genehmigungen erst in 30 Jahren auslaufen, „wenn die Genehmigungsbehörden selbst womöglich gar nicht mehr existieren“.

Hunter Biden, der bei der New Yorker Anwaltskanzlei Boies, Schiller & Flexner arbeitet, solle nun offenbar neben anderen Ausländern dazu beitragen, dass das Unternehmen eine weißere Weste bekomme, läserte ein Mitglied der Übergangsregierung am Donnerstag in Kiew. Neben Biden sitzt auch ein Freund des Stiefsohns von Außenminister John Kerry, der Investor Devon Archer, in dem Direktorium. Archer sagte laut der *International Business Times*, Burisma erinnere ihn an „Exxon in seinen frühen Jahren“. Auch der polnische Ex-Präsident Alexander Kwasniewski räumte jetzt

ein, seit Januar bei Burisma als Direktor zu arbeiten; er berate die Firma und sehe darin nichts Unethisches.

Die Burisma Holding, die sich selbst als größter nicht staatlicher Gasversorger der Ukraine bezeichnet, ist seit 2002 auf dem Markt, hatte aber erst in den vergangenen Jahren ihre jetzige Größe erreicht. Nach eigenen Angaben produziert das Unternehmen täglich 450 Millionen Kubikmeter Gas, kann seine Produktion aber innerhalb der kommenden Jahre stark ausbauen. Gas und Öl werden an Industriekunden in der Ukraine verkauft. Schätzungen zufolge macht die Holding derzeit nicht mehr als 200 Millionen Dollar Gewinn. Etwa 90 Prozent der ukrainischen Energieproduktionsanlagen liegen nach wie vor in den Händen von Staatsfirmen.



CATHRIN KAHLWEIT

chen Sc Puth und J re Li zule- ne d- Puthi präsi gar r- zieht Tran langl sprä- kom- werd Ar der J müs- trotz krete Russ sei al zu ar Brief prof

dem röllix ach- den- den- man ach-

147 1615174

# Ukraine steelworkers patrol city, driving out separatists

MARIUPOL, UKRAINE

BY ANDREW E. KRAMER

Thousands of steelworkers have fanned out over the city of Mariupol, the site just last week of bloody confrontations between Ukrainian troops and pro-Russian militants, establishing order and driving away the militants and their political representatives in the self-styled Donetsk People's Republic.

The workers are employees of Rinat Akhmetov, Ukraine's richest man and a recent convert to the side of Ukrainian unity, who on Wednesday had issued a statement rejecting the separatist

cause of the Donetsk People's Republic but endorsing greater local autonomy.

By Thursday, miner and steelworker patrols had taken to the streets in at least five cities including the regional capital, Donetsk, and are now the dominant force in Mariupol, an industrial port on the Azov Sea that is the region's second-largest city.

The workers form an extraordinarily important and possibly decisive force in eastern Ukraine, with a history of political activism stretching back to miner strikes that helped bring down the Soviet Union. In this conflict, they had not previously signaled their allegiance to

UKRAINE, PAGE 4

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE (IHT)



# Tycoon's workers patrol Ukraine city, driving out separatists

UKRAINE, FROM PAGE 1  
one side or the other.

Just the employees of Mr. Akhmetov's company, System Capital Management, form a latent army, one that is now stirring. It is still too early to tell whether the pro-Russian separatists will resist, co-opt or try to merge with the industrial action.

The two subsidiaries in metals and mining, Metinvest and DTEK, employ together 280,000 people in eastern Ukraine.

"We have to bring order to the city," Aleksei Gorlov, a steelworker, said of his motivation for joining one of the unpaid and voluntary patrols that were organized at the Ilych Steel works. Groups of six or so steelworkers accompany two policemen on the patrols. "People organize themselves. In times of troubles, that is how it works."

Workers from another mill, Azov Steel, took the left side of the city, while the Ilych factory took the right. Both groups were trying to convince longshoremen to patrol the port, Mr. Gorlov said.

The two steel mills fly Ukrainian flags outside their headquarters, but like so much else in Ukraine, the lines of loyalty were muddled because at least a portion of the police in the city had mutinied last Friday, leading to a shootout with the Ukrainian national guard, which killed at least seven people.

The workers wear only their protective clothing and hard hats and say they are "outside politics" and not taking sides between the police and national guard. The pro-Russian protesters, though, have melted away; backhoes and dump trucks from the factory dismantled all barricades Thursday, without resistance from protesters or pro-Russian militants.

The chief executive of Ilych Steel, Yuriy Zinchenko, is also the head of the voluntary steelworker patrols in the city. He said in an interview the com-

Masked men robbed four grocery stores, a store selling hunting rifles, a jewelry store and burned down a bank.

The head of the traffic police was assassinated. The Kiev government denied reports the police chief had been found hanging dead in the town, he had been kidnapped by gunmen and severely beaten but rescued, they said. Kiev's interior minister endorsed the patrols.

"There are a lot of idiots with guns in my city," Aleksey Rybinsev, 38, a programmer who said he welcomed the steelworker patrols while being leery of yet another informal militia group forming. "I haven't seen a policeman all day. I didn't see them, and I didn't want to see them."

## Russia would cut gas flow

Russia on Thursday said it would stop supplying gas to Ukraine at the end of the month unless the country paid for it in advance, increasing pressure on Kiev's cash-strapped government as it struggles to contain a growing rebellion in the country's east, Andrew Roth reported from Moscow.

In a letter to European leaders on Thursday, President Vladimir V. Putin said that Ukraine's gas debt had ballooned in the past month and that Russia had received "no specific proposals" for Ukraine to "meet its contractual obligations and ensure reliable transit."

"Given the circumstances, the Russian company has issued an advance invoice for gas deliveries to Ukraine, which is completely in accordance with the contract, and after June 1 gas deliveries will be limited to the amount paid by the Ukrainian company," said the note, which was released on the Kremlin's website.

Mr. Putin first warned that Gazprom would demand payment in advance for deliveries to Ukraine in a letter to European leaders in mid-April.

# Tycoon's workers patrol Ukraine city, driving out separatists

"Undoubtedly, this is an extreme measure," he wrote at the time.

On Thursday, Mr. Putin said that Ukraine's debt to Gazprom, the Russian state energy company, had grown from \$2.2 billion in early April to \$3.5 billion by mid-May.

The new numbers reflected a sharp and controversial increase in gas prices for Ukraine that has been seen as a punitive reaction to the ouster of former President Viktor F. Yanukovich in February.

In a deal signed by Mr. Putin and Mr. Yanukovich in December, Russia agreed to sell gas to Ukraine at a price of \$268 for 1,000 cubic meters. Last month, following Mr. Yanukovich's ouster, Gazprom raised the price to \$385 for 1,000 cubic meters, the standard measure for gas in Europe, representing a severe blow to the fledgling government as Ukraine teetered on the verge of bankruptcy.

Arseniy P. Yatsenyuk, Ukraine's interim prime minister, said earlier this month that Ukraine would be willing to repay its gas debt under the strict condition that it pay the lower price.

At a news conference in Kiev earlier on Thursday, Ukraine's deputy energy minister, Igor Dridenko, said the country was ready to pay \$4 billion for gas to Gazprom by the end of May but only at \$268.50 for 1,000 cubic meters, the Interfax news service reported.

In his letter, Mr. Putin noted that Ukraine's failure to pay the debt came despite the country's receiving \$3.2 billion from the International Monetary Fund as the first tranche of a \$17 billion loan to the country.

"I would like to emphasize once again that we were forced to make this decision," Mr. Putin said. "We also hope that the European Commission will more actively engage in the dialogue in order to work out specific and fair solutions that will help stabilize the Ukrainian economy."



SEBASTIAN POZDNYAK FOR THE NEW YORK TIMES  
A steelworker at a patrol outpost on Thursday in Mariupol, Ukraine. Steelworkers said they were operating security patrols to try to bring order to the city and drive away militants.

the Donetsk People's Republic but not with the group's leaders.

Mr. Akhmetov's statement this week spelled out the daunting problems for the regional economy and his assets, should the Donetsk People's Republic in fact win in its struggle with Ukraine.

"Nobody in the world will recognize it," he said in a videotaped statement. "The structure of our economy is coal, industry, metallurgy, energy, machine works, chemicals and agriculture. And all the enterprises tied to these sectors. We will come under huge sanctions, we will not sell our products, cannot produce. This means the stopping of factories, this means unemployment, this means poverty." Russia itself exports steel and so would not want to buy this region's output.

Residents welcomed the steelworker patrols in this city because neither side had the upper hand and chaos reigned.